



# Zuzahlungen müssen abgeschafft werden

**Nachricht von Sabine Zimmermann, 24. August 2016**

Knapp die Hälfte, 48,3 Prozent, (bei armutsgefährdeten Erwerbstätigen sogar 64,3 Prozent) derjenigen, die im Jahr 2014 auf einen notwendigen Zahnarztbesuch verzichteten, tat dies aus finanziellen Gründen. Für 43,6 Prozent spielten andere Gründe eine Rolle, nicht zum Zahnarzt zu gehen. Als Gründe wurden genannt: zu lange Wartezeiten, zu weite Wege zum Zahnarzt, Angst vor Ärzten und medizinischen Behandlungen, abwarten, ob sich die Beschwerden von selbst bessern, oder weil sie keinen guten Zahnarzt kennen. Acht Prozent gaben terminliche Gründe an.

Dies geht aus der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zur amtlichen Haushaltsbefragung "Leben in Europa" hervor. Bei der Angabe des Verzichts auf den Zahnarztbesuch, obwohl dieser aus medizinischen Gründen notwendig gewesen wäre, handelt es sich um eine Selbsteinschätzung der Befragten. Erfasst sind die Personen, die Angaben zur Fragestellung gemacht haben.

**Sabine Zimmermann**, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, erklärt dazu:

"Armut nimmt zu, selbst an den Zähnen kann man dies sehen. Die Menschen müssen den Euro drei Mal umdrehen und müssen überlegen, für was sie das Geld ausgeben. Es ist skandalös, dass Menschen notwendige Behandlungen aus Angst vor hohen Kosten nicht durchführen lassen oder aufschieben. Die Eigenanteile für medizinisch notwendigen oder höherwertigen Zahnersatz können viele Menschen nicht aufbringen. Selbst die Regelversorgung ist für viele nicht erschwinglich. Das Zuschusssystem beim Zahnersatz sorgt dafür, dass man einkommensschwache Menschen am Zustand ihrer Zähne erkennt. Für eins der reichsten Länder der Erde ist dies ein beschämender Zustand."

Zimmermann weiter:

"Zuzahlungen sorgen dafür, dass medizinische Versorgung nicht in Anspruch genommen wird. Deshalb müssen sie abgeschafft werden, auch im Bereich der Zahnmedizin. Medizinisch notwendiger Zahnersatz in guter Qualität muss für die Patientinnen und Patienten kostenfrei sein."

**linksfraktion.de**, 24. August 2016